

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 91. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementpreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Platy 4.—, wöchentlich Platy 1.—; Ausland: monatlich Platy 7.—, jährlich Platy 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Betrlauer 109. Telefon 136-90. Postfachkonto 63.508. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text ist die Druckzeile 1.— Platy; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben - gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Erfolge der Streikaktion

Das Einheitsabkommen in der Textilindustrie in Sicht.

Nach der Spannung des vorgestrigen Tages ist gestern in Lodz eine scheinbare Beruhigung eingetreten. Die Arbeiterschaft hat mit bewundernswürdiger Klarheit begriffen, um was es sich nunmehr noch bei der Streikaktion handelt, sie hat begriffen, daß an eine Einstellung der Gesamtkaktion nicht gedacht werden kann, wenn nicht alle Industriellen, also auch die nichtorganisierten und kleinen Fabrikanten, ihre Unterschrift unter den Vertrag gesetzt haben werden. Die Arbeiterverbände sind der Ansicht, daß die Zusicherungen der offiziellen Stellen sehr den Charakter von Versprechungen tragen und daß deshalb der Streik bis zu Ende durchgeführt werden müsse, bis zu dem Augenblick, da kein Zweifel mehr darüber besteht, daß der Sammelvertrag von der gesamten Industrie unterschrieben ist. Der weitere Streik hat nicht die Erlangung weiterer Zugeständnisse zum Ziel, sondern bezweckt die Unterzeichnung des Vertrages durch die Gesamtheit der Unternehmer.

Die mit den Vertretern der Kleinunternehmer am Donnerstag unterbrochenen Verhandlungen wurden gestern nicht fortgesetzt. Die Konferenz mit diesen Unternehmern, von denen nunmehr die Beendigung der Streikaktion abhängt, ist vom Arbeitsinspektor für Montag festgesetzt worden.

Heute findet eine Konferenz mit den Vertretern des Verbandes der Wigognepinner statt, um diese zur Unterzeichnung des Vertrages zu veranlassen. Die Mitglieder dieses Verbandes sind seinerzeit aus dem Landesverband der Textilindustrie ausgetreten, um der Einhaltung des Vertrages vom Jahre 1928 aus dem Wege zu gehen.

In den gestrigen Nachmittagsstunden beriet die Streikkommission beim Klassenverband der Textilarbeiter und in den späten Abendstunden die Zwischenkommission aller Textilarbeiterverbände, um die Schritte zu besprechen, die notwendig sind, damit die nichtorganisierten und kleinen Unternehmern in Warschau getroffenen Vereinbarungen in Sachen des Sammellohnvertrages in der Textilindustrie des Lodzer Bezirks beitreten.

Vertragsabschluss in Tomaszow

Gestern kam es in der Tomaszower Textilindustrie zum Abschluss eines Sammellohnvertrages. Der Vertrag enthält dieselben Tarifsätze, die für die Lodzer Groß- und Mittelindustrie vereinbart sind.

Der Vertragsabschluss wurde in der stattgefundenen Konferenz der Vertreter des Klassenverbandes der Textilarbeiter, des Verbandes „Praca“ und des Verbandes der Tomaszower Textilunternehmer getätigt, die vom Betrlauer Bezirksarbeitsinspektor Humienki geleitet wurde und an der auch der Stadtpräsident Smulski teilnahm.

Den Vertrag haben u. a. die Firmen: Landsberg, Bornstein, Jachubowski, Französische Kammgarnspinnerei unterzeichnet, insgesamt die 9 Firmen, die dem Unternehmerverband angeschlossen sind.

Außerdem wurde der Vertrag von der Englischen Gesellschaft unterzeichnet und es ist anzunehmen, daß am heutigen Tage sich auch die außerhalb des Verbandes stehenden Unternehmer dem Vertrag anschließen werden.

Abkommen in der Kotonindustrie

Nach 10stündigen Verhandlungen wurde gestern im Lodzer Arbeitsinspektorat ein Sammellohnvertrag in der Lodzer Kotonindustrie zwischen der Vereinigung der Kotonunternehmer und der Vereinigung der Berufsverbände (333) abgeschlossen. Das Abkommen verpflichtet bis zum 1. Dezember 1933 und kann dann mit monatlicher Frist gekündigt werden.

Die Tarifsätze in den Kotonstrumpf- und Strumpfabriken wurden u. a. wie folgt festgelegt:

Bei der Herstellung von glatten Seidenstrümpfen für 1 Duzend Strumpfschäfte — 1 Pl. 65 Gr., für 1 Duzend Fühlänge — 65 Gr., für das Formen eines Duzends Strümpfe — 50 Gr. Bei der Herstellung von Seidenstrümpfen mit Pfeilen bzw. Mustern erhält der Arbeiter Zuschläge zum Grundtariflohn. Besondere Tarifsätze wurden für Wollestrümpfe

festgelegt, die durchschnittlich um 20 Prozent niedriger als die Tarifsätze für Seidenstrümpfe sind. Die Tarifsätze für Baumwollestrümpfe sind noch etwas niedriger. Die Arbeit in der Kotonindustrie wird am Montag aufgenommen. Es wurde im Abkommen festgelegt, daß kein Arbeiter für die Teilnahme am Streik entlassen werden könne. Mit dem Abschluß des Lohnabkommens ist der fast 6 Wochen dauernde Streik in der Kotonindustrie beendet.

Wieder zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte in Lodz.

Ueberaus schwere Zusammenstöße bei der Beerdigung des Opfers der Widzewer Zwischenfälle.

Die noch vorgestern von der Behörde um 3 Uhr angeordnete Beerdigung des einen Opfers der vorgestrigen schweren Zusammenstöße in der Rokicinskastraße, der 17jährigen Jadwiga Wojciechowka, die bei der Abgabe einer Salbe durch die Polizei auf dem Hofe der Sinderemannschen Familienhäuser, wo sie bei ihren Eltern wohnte, durch Herzschuß getötet wurde, fand gestern nachmittags 3 Uhr statt. Lange vor der festgesetzten Zeit wurden zahlreiche Kranzspenden im Trauerhause abgegeben, doch nahmen an der Beerdigungsfeierlichkeit keinerlei Delegationen der Verbände teil.

An der Beerdigung nahmen riesige Menschenmassen teil. Der Trauerzug bewegte sich durch die Straßen Rokicinska, Przendzalniana und Napiorkowskiego nach dem katholischen Friedhof in Jarzew. Der Sarg wurde bis auf den Friedhof, der etwa 8 Kilometer von Trauerhause entfernt ist, von Arbeitern auf den Schultern getragen, während der Leichenwagen hinterher fuhr. Unterwegs schlossen sich dauernd zahlreiche Arbeiter dem Trauergeleite an, so daß die Zahl der Teilnehmer an der Beerdigung mit 10 000 nicht zu hoch geschätzt sein wird.

Der Trauerzug gelangte ohne Zwischenfälle auf den Friedhof, wo auch die Beerdigungsfeierlichkeiten ruhig verliefen. Erst nachdem sie etwa um 6 Uhr beendet waren und die tausendköpfige Trauergemeinde den Friedhof verlassen hatte, gab es

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei.

Ein Teil der Beerdigungsteilnehmer versuchte nämlich geschlossen in die Stadt zurückzukehren. Diesem Zuge stellten sich in der Jarzewskastraße etwa an der Querstraße Tatrzansta, dort wo die Straßenbahnlinie 3 ihre Endstation hat, starke Polizeimannschaften entgegen und forderten die Teilnehmer am Zuge zum Auseinandergehen auf. Da aber dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet und außerdem die Polizei mit Steinen beworfen wurde, unternahm Polizei zu Pferde und zu Fuß einen Vorstoß gegen den Zug und trieb die Menge auseinander, sie in die Nebenstraßen verdrängend. Es sammelten sich aber hierauf erneut in den Nebenstraßen der Napiorkowka, wie Tatrzansta, Przendzalniana, Ozorkowka, Skierniewicka u. a. starke Gruppen, die wiederum von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Hierbei kam es andauernd zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitern. Die Polizei, die überaus stark am Orte der Zwischenfälle vertreten war, besetzte das ganze Stadtviertel. Auf Anordnung der Polizei mußten die Haustore und Geschäfte geschlossen werden.

Bei den Zusammenstößen wurde eine große Anzahl Zivilpersonen und Polizeibeamten verwundet; die Zahl der Schwer- und Leichtverwundeten konnte von uns bisher nur annähernd festgestellt werden, sie ist aber überaus groß.

Die Menge verhielt sich sehr aggressiv den Polizei-

beamten gegenüber als sie von der Polizei verdrängt wurde, im besonderen hatte man es auf Geheimagenten abgesehen. Die amtliche Darstellung der Zwischenfälle besagt sogar, daß einige Zivilpersonen schwer verprügelt wurden, zwei angenommen wurde, sie wären Geheimagenten.

Außer diesen sehr schweren und an Opfern zahlreichen Zusammenstößen am Ende der Napiorkowkastraße kam es gestern auf dem Gebiete der Stadt Lodz nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen.

In der uns gestern von der Stadtstaroste übermittelten amtlichen Darstellung sollen sich die Zwischenfälle in Jarzew wie folgt ereignet haben:

„Am heutigen Tage (Freitag) fand die Beerdigung der bei der Liquidierung der gestrigen Zwischenfälle in der Rokicinskastraße verwundeten und verchiedenen Jadwiga Wojciechowka statt. Um 3 Uhr nachmittags begab sich der Trauerzug, an dem sich die Familie der Verchiedenen und zahlreiche Trauernde befanden, vom Trauerhause Rokicinskastraße durch die Straßen Przendzalniana und Napiorkowskiego auf den Friedhof in Jarzew. Die Beerdigungsfeierlichkeiten waren um 6 Uhr abends zu Ende.“

Ein Teil der an der Beerdigung Teilnehmenden kehrte ruhig in die Stadt zurück, dagegen begab sich eine der größeren Gruppen, die sich schon auf dem Friedhof organisierte, in der Richtung der Stadt in der Form eines Zuges, wobei viele Teilnehmer dieser Gruppe mit Steinen versehen waren. Die Polizei hat beim Heranziehen dieser Gruppe die Demonstranten zum Auseinandergehen aufgefordert, worauf jedoch die Menge die Polizei mit Steinen bewarf und eine außerordentliche Aggressivität zeigte. Es wurde eine Anzahl Polizisten verletzt, darunter erlitten fünf schwere Körperverletzungen. Polizei zu Pferde und zu Fuß trieb die Demonstranten auseinander und ließ den unerlaubten Zug ins Innere der Stadt nicht zu. Die auseinandergetriebenen Demonstranten schlugen in einigen Querstraßen die Scheiben in einer Reihe Straßenlaternen ein.“

Die Hilfsaktion geht weiter.

Die durch die Spende von 100 000 Platy des Lodzer Magistrats eingeleitete Hilfsaktion für die streikenden Arbeiter ist, obwohl der Streik seinem Ende zugeht, nicht beendet. Nach wie vor gehen weitere Spenden ein. Im Laufe des gestrigen Tages sind weitere 18 000 Platy bei dem Komitee eingegangen, doch werden weitere Summen zur Verfügung gestellt, die bereits gezeichnet sind. Die Aktion soll weitergeführt werden, bis wieder die regelmäßigen Lohnzahlungen erfolgen.

In Ruda-Babianicka, wo in den letzten Tagen erhebliche Hilfsmittel eingeflossen sind, wurde eine größere Hilfsmaßnahme eingeleitet. Es wurden an die Streikenden je 20 Kg. Kartoffeln, 2 Kg. Brot, 1 Kg. Mähl 1/2 Kg. Zucker usw. verteilt. Auch in Betrlau hat sich ein Komitee zur Hilfeleistung an die Streikenden gebildet.

Nationale Jugendorganisation aufgelöst.

Im Verfolg der gegen die nationalistische Bewegung in Polen eingeleitete Aktion wurde in der Lemberger Wojewodschaft die nationale Jugendorganisation „Ruch Młodzieżowy“ und auf dem Gebiet von Przemyśl die „Vereinigung der nationalen Jugend“ aufgelöst. In der Begründung der Auflösung heißt es amtlicherseits, daß diese Organisationen eine aufrührerische Tätigkeit betrieben, die Autorität der Behörden untergraben, Rassenhaß gesät und die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört hätten. Außerdem heißt es, daß diese Organisationen einen Ersatz für den bereits früher aufgelösten „Omnipol“ darstellen sollten.

Eine legalisierte Bauern- und Arbeiterorganisation ausgehoben.

In der Wojewodschaft Krakau, Kreis Jaslo, wurde von der Polizei die Bauern- und Arbeitervereinigung „Przyszlósć“, die von den Behörden legalisiert war, ausgehoben. In der polizeilichen Verlautbarung heißt es, daß die „Przyszlósć“ eine kommunistische Organisation gewesen sei und von der kommunistischen Partei ausgehalten worden wäre. Im Zusammenhang damit wurden 37 Personen verhaftet.

Kartoffeln und Salz.

Doch selbst Salz wird Luxus!

„Das Dorf nährt sich immer schlimmer. Selbst wohlhabendere Landwirte gebrauchen keinen Zucker. Sie sparen auch am Salz.“

Mit diesen Worten hatte sich der polnische Bauernführer und dreimalige Ministerpräsident, Abg. Witos, in einem Zeitungsartikel über die Lage auf dem Lande geäußert.

Kartoffeln und Salz ist schon die Nahrung der Allerärmsten, die kein Fleisch und Fett mehr kaufen können. Doch auch an dem verhältnismäßig so billigen Salz muß nun schon auf dem Lande gespart werden. Geld ist dort mehr als knapp. Infolge der Arbeitslosigkeit, des Gehälter- und Lohnabbaus usw. kommt trotz des Preisabbaus der Landwirtschaft kaum etwas ein, und den Rest freissen die Steuern auf. In noch ärmeren Orten des Landes sollen, wie Bauernabgeordnete erklärten, die Bauern ihre Speisen sogar in alte Heringsfässer tun, um hierdurch das unerreichbare Salz zu ersetzen.

Unterdessen erfährt man auch aus der vom polnischen Handelsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Polska Gospodarcza“ amtliche Zahlen über den Rückgang dieses armstehenden aller Nahrungsmittel. So ist im abgelassenen Jahre im Verhältnis zu 1931 infolge vermindelter Nachfrage die Salzproduktion von 900 012 000 Kilogramm auf 790 459 000 Kilogramm gefallen, d. h. also in einem Jahre um 109 553 000 Kilogramm, das sind nicht weniger als 2 191 060 Zentner!

Selbst Salz wird also Luxus!

Deutscher Militärattache eingetroffen.

Gestern traf in Warschau Generalmajor Max Schindler ein, der das neugeschaffene Amt eines Militärattaches an der deutschen Warschauer Gesandtschaft bezieht.

Die politische Lage in Danzig.

Ermächtigungsgesetz mit Hilfe der Sozialdemokraten?

Danzig, 31. März. Ueber den Beschluß des Danziger Senats, dem Volkstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das nur mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen werden kann, ist es im Block der liberalen Mitte zu einer ausgedehnten Aussprache gekommen, in deren Verlauf sich eine starke Opposition gegen das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten herausstellte. Es konnte keine Einigung erzielt werden, so daß bei der Abstimmung kein Fraktionszwang ausgeübt werden wird.

Nach dieser Haltung des Blockes der liberalen Mitte ist es nicht unwahrscheinlich, daß bei einem Scheitern des Regierungsplanes eine neue Regierungskrise entsteht, da die Regierung nicht ohne ein Ermächtigungsgesetz weiter am Ruder zu bleiben gewillt ist.

20 000 Arbeiter bei Citroen ausgesperrt.

Paris, 30. März. Die Automobilfabriken Citroen haben heute ihre Betriebe geschlossen, da in den letzten Tagen in den Kreisen ihrer Arbeiter Streikabsichten zu bemerken waren. Wie Paris meldet, ist die Streikbewegung entstanden, weil die Absicht der Direktion bekannt wurde, vom 1. April die Löhne um 10 v. H. zu senken.

Paris, 31. März. Von der Aussperrung in der Automobilfabrik Citroen werden rund 20 000 Arbeiter betroffen. Die Schlichtungsverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sollen am heutigen Freitag aufgenommen werden.

Neue Massenverhaftungen in Indien.

Bombay, 31. März. Die indische Regierung hat über 400 Mitglieder des allindischen Kongresses verhaften lassen. Sie werden des Versuches beschuldigt, die von der Regierung verbotene Jahreskonferenz des Kongresses in Kalkutta abzuhalten. Unter den Verhafteten ist der Sohn Gandhis, Davadas Gandhi, und der Kongressführer Pandit Malaviya.

Gewaltstreich der österreichischen Regierung.

Republikanischer Schutzbund aufgelöst. — Sozialdemokratische Partei bildet Ordnerschaften. — Auch der Wiener Heimatschutz aufgelöst.

Wien, 31. März. Der Bundeskanzler hat mit Zustimmung der Regierung die Auflösung der republikanischen Schutzbundes für ganz Oesterreich verfügt.

Die Auflösung des republikanischen Schutzbundes wird von rechtsstehender Seite begrüßt, von linksstehender Seite besonders unter Hinweis auf das Bestehenbleiben der Organisationen anderer Parteien scharf kritisiert.

In sozialdemokratischen parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß sich materiell nichts geändert habe. In einem Aufruf der sozialdemokratischen Parteileitung heißt es, daß

„Ordnerschaften“ sofort aufzustellen sind, welche jedoch keine Vereine, sondern eine Parteiorganisation darstellen. Es sei Pflicht aller Schutzbündler, diesen Ordnerschaften anzugehören. Die Zahl der „Ordner“ soll binnen 8 Tagen auf das Doppelte der Zahl des republikanischen Schutzbundes gebracht werden.

Wien, 31. März. Die Wiener Landesregierung hat am Freitag dem Wiener Heimatschutz zu Händen des Obmannes Staatssekretär Major a. D. Emil Fey einen Bescheid zugestellt, durch den der Landeshauptmann von Wien den nationalsozialistischen Verein „Wiener Heimatschutz“ auflöst, weil erwiesen sei, daß der Verein seinen statutenmäßigen Wirkungsbereich überschritten hat. Einer Berufung ist die aufschiebende Wirkung aberkannt worden, so daß die Auflösung sofort in Kraft tritt.

In der Begründung wird ausgeführt, der Verein propagiere, wie aus übereinstimmenden un widersprochenen Meldungen der Tagesblätter aus der letzten Zeit zu entnehmen sei, eine gewaltsame Aenderung verfassungsrechtlicher Einrichtungen, also einen Staatsstreich. Er wolle somit seine Ziele auf andere als gesetzlich zulässige Art erreichen. Dies bedeute eine Gefährdung des Bestandes der Republik, so daß die Auflösung des Vereins begründet sei.

Der Konflikt im „nationalen“ Lager.

Hugenberg bei Hitler vorteilhaft geworden.

Berlin, 31. März. Gestern fand eine Aussprache zwischen Reichskanzler Adolf Hitler und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg statt. Es fällt in politischen Kreisen auf, daß zwischen Hitler und Hugenberg eine Aussprache über wichtige politische Fragen notwendig war. Anscheinend hängt sie mit den Vorgängen im Stahlhelm zusammen.

Die Vorgänge im braunschweigischen Stahlhelm sind, wie vorausgesehen war, nicht isoliert geblieben. Inzwischen ist es auch in der Pfalz zu einer Aktion der nationalsozialistischen SA gegen den Stahlhelm aus denselben Gründen wie in Braunschweig gekommen. In der offiziellen Presse wird dieser Vorgang auf sogenannte örtliche Mißverständnisse zurückgeführt. Die Reichspressestelle des Stahlhelms teilt hierzu folgendes mit:

„In der Rhein-Pfalz sind im Laufe des gestrigen Tages sämtliche Stahlhelmarbeitslager von SA besetzt worden. Eine große Anzahl Stahlhelmführer wurde verhaftet und teilweise in NSDAP-Arbeitslager überführt. Durch eine heute nachts erfolgte Verordnung der Reichsregierung sind sämtliche Verhaftungen von Stahlhelmern in der Pfalz mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.“

Der erste Bundesführer der Stahlhelms, Reichsminister Franz Sedde, veröffentlicht unter der Überschrift „Kameradschaft und Disziplin“ gleichfalls einen Aufruf über die Vorgänge, in welchem er einerseits zugibt, daß die braunschweigischen Stahlhelmführer gegen die Politik und die Richtlinien des Frontkämpferbundes gehandelt hätten, andererseits aber sagt er:

„Es muß mit derselben Offenheit, mit der ich die Fehler meiner eigenen Kameraden zugegeben habe, ausgesprochen werden, daß das Verbot des Landesverbandes nach der ganzen Sachlage nicht gerechtfertigt erscheinen konnte. Der braunschweigische Stahlhelm hatte unvorsichtig, in keinem Falle aber böswillig gehandelt, so daß eine sachliche Veranlassung zu dem Verbot nicht vorlag. Darüber hinaus ist natürlich noch auszusprechen, daß Maßnahmen von Länderregierungen oder nachgeordneten Behörden gegen Teile eines Bundes, dessen erster Führer in der Reichsregierung sitzt, völlig unmöglich sind, bevor nicht dem Bundesführer selbst die Möglichkeit zur Abstellung etwaiger Beschwerden gegeben worden ist. Die kameradschaftliche und ausgezeichnete Zusammenarbeit der Reichsregierung, die ich als oberstes Gebot der deutschen Lage ansehe und bezeichne habe, darf nicht von einem Vorgehen von Behörden berührt werden.“

Attentat auf Hitler.

Ein Aprilscherz.

Belgrad, 31. März. Durch einen Aprilscherz wurde heute mittag die Bevölkerung von Belgrad in Aufregung gesetzt. Ein unter dem Titel „Beogradski Novosti“ anlässlich des 1. April erschienenen Blatt veröffentlicht eine Meldung über ein angebliches Attentat auf den deutschen Reichskanzler. Diese Meldung, die das Blatt in großer Aufmachung mit zahlreichen Einzelheiten wiedergab, wurde alsbald als frei erfunden dementiert. Der deutsche Gesandte begab sich sofort nach Erscheinen des Blattes zum südslawischen Außenminister, dem gegenüber er in entschiedenster Weise gegen das Vorkommnis protestierte und Verstrafung der Schuldigen forderte. Der Außenminister brachte sein Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck und sagte zu, daß die Schuldigen bestraft werden würden.

Für Aprilscherz konfisziert.

Das Warschauer Regierungskommissariat veranlaßte die Beschlagnahme der gestrigen Provinzausgabe der „Dziennik Wiadomosci“ für die Meldung, daß in Lemberg eine große Demonstration für und gegen die Freisprechung der des Mordes angeklagten Frau Gorgon stattgefunden

habe. Die Meldung war ein Aprilscherz, sie wurde aber vom Zensur ernst genommen.

Militärrevolte in Uruguay.

Der Präsident soll abgesetzt werden.

Montevideo, 31. März. In Montevideo sind revolutionäre Unruhen ausgebrochen. Militärische Kreise beabsichtigen angeblich den Präsidenten Terra gefangen zu setzen. Sie beschuldigen ihn, eine Diktatur ausrufen zu wollen. Die Stadt ist in den Händen von Truppen, die sämtliche Kraft- und Wasserwerke sowie die Benzinlager besetzt haben. Sämtliche Zeitungen sind einer militärischen Zensur unterworfen und erscheinen mit großen weißen Flecken auf der Titelseite. Präsident Terra hat, wie berichtet wird, das Regierungsgebäude verlassen und im Feuerwehrgebäude Zuflucht genommen. In einem Aufruf hat er die Gerüchte dementiert, daß er eine Diktatur plane. Die uruguayische Nationalversammlung trat am Donnerstagabend zusammen, um über die Votenschaft des Präsidenten zu beraten. Der Staatsrat ist ebenfalls einberufen worden, um die Möglichkeit einer Absetzung Terras zu erwägen. Es wird jedoch angenommen, daß sich die Nationalversammlung, in der eine große Mehrheit für den Präsidenten besteht, dieser Absicht widersetzen wird.

In Sachen der Weltwirtschaftskonferenz.

Beschleunigte Einberufung ist erwünscht.

London, 31. März. Die Besprechungen zwischen Macdonald, Simon und dem Amerikaner Norman Davis erstreckten sich bisher auf die Weltwirtschaftskonferenz und auf Sowjetrußland. Beide Teile hielten die baldige Einberufung der Konferenz für wünschenswert und stimmten auch wohl darin überein, daß angesichts der Umstände, die früher vereinbarte Zeit von drei Monaten, die zwischen Abendung der Einladung und dem Zusammentritt der Konferenz verlaufen soll, abzukürzen sei. Der englische Außenminister wird baldmöglichst eine Sitzung des Organisationsausschusses in Genf, wahrscheinlich schon für die nächste Woche, einberufen, der den Zeitpunkt der Konferenz endgültig festsetzen soll. London gilt auch jetzt noch als der Platz, wo die Konferenz abgehalten werden soll. Die Unterredung streifte dann auch Einzelheiten des Programms der Konferenz. Die Kriegsschuldenfrage steht nicht zur Erörterung. Norman Davis hat darauf hingewiesen, daß für diese Erörterungen Washington der geeignete Platz ist. Angeblich hat er Macdonald mit dem Inhalt einer diesbezüglichen Botschaft Roosevelts bekannt gemacht.

Möglichst werden im Laufe des April englische Sachverständige nach Washington gehen. „Daily Mail“ zufolge kam dann das Gespräch auf die russische Frage. Die Aussprache wird am Freitag fortgesetzt werden. Davis wird in der nächsten Woche für einige Tage nach Paris fahren und dann voraussichtlich wieder nach London zurückkehren.

Der Wortlaut des Mussolini-Planes.

Paris, 31. März. Der „Matin“ (und ebenso in London der „Daily Herald“) veröffentlicht am Freitag den folgenden amtlichen Wortlaut des Vorschlages der italienischen Regierung, der aus sechs Absätzen besteht:

Art. 1. Die vier westeuropäischen Mächte, Deutschland, Frankreich, England und Italien, verpflichten sich, unter sich eine wahre Politik der Zusammenarbeit zwecks Aufrechterhaltung des Friedens im Geiste des Kellogg-Paktes und des Nichtangriffspaktes zu verwirklichen und auf dem Gebiet der europäischen Beziehungen so zu han-

deln, daß diese Friedenspolitik im nötigen Falle auch von anderen Mächten befolgt wird.

Art. 2. Die vier Mächte bestätigen den Grundsatz der Revision der Friedensverträge — unter Zugrundelegung der Klauseln des Völkervertrages — für den Fall, daß eine Lage entstehen sollte, die geeignet ist, einen Streitfall zwischen den Staaten herbeizuführen. Sie erklären gleichzeitig, daß diese Revision nur im Rahmen des Völkervertrages und im Geiste gegenseitiger Verständigung und der Solidarität der gegenseitigen Interessen stattfinden kann.

Art. 3. Frankreich, England und Italien erklären, daß die Gleichberechtigung, die Deutschland zuerkannt worden ist, sich praktisch auswirken müsse, falls die Abrüstungsverhandlungen nur zu Teilergebnissen führen sollten. Deutschland verpflichtet sich seinerseits, diese Gleichberechtigung nur in dem Maße zu verwirklichen, wie sie nach Verständigung auf diplomatischem Wege zwischen den vier Mächten nach und nach festgesetzt wird. Die vier Mächte verpflichten sich, in derselben Weise über Oesterreich, Ungarn und Bulgarien zu einigen.

Art. 4. In allen politischen oder unpolitischen europäischen oder außereuropäischen Fragen, ebenso wie auf dem Gebiet der Kolonialpolitik verpflichten sich die vier Mächte nach Möglichkeit eine übereinstimmende Lösung einzunehmen.

Art. 5. Dieses Abkommen politischer Verständigung und Zusammenarbeit, das — wenn nötig — den Parlamenten in einem Zeitraum von drei Monaten zur Annahme unterbreitet werden wird, hat eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren und wird automatisch um die gleiche Zeitspanne verlängert, falls nicht eine der Mächte ein Jahr vor seinem Ablauf die Kündigung beantragt.

Art. 6. Das Abkommen wird vom Sekretariat des Völkervertrages eingetragen.

Columbien erklärt Zahlungsmoratorium.

Bogota, 30. März. Der Staat Columbien hat ein Moratorium auf seine ausländischen Schulden erklärt, bis eine Abmachung mit den Gläubigern erzielt ist. Das Moratorium wird in erster Linie auf die Kosten des Krieges mit Peru zurückgeführt.

wurde die Uniform buchstäblich vom Leibe gerissen. Mit schmerzlicher Mühe gelang es endlich, die wütenden Zigeuner auseinanderzutreiben.

Nun hatten sich ihre sechs verhafteten Rädelsführer wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter großen Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt. Die Zigeuner kamen mit Strafen von einem bis drei Monaten schweren Kerkers davon.

1660 Zentner Lebensmittel

verbraucht ein gesunder Mensch.

Daß die Menge der in einem ganzen Leben verzehrten Lebensmittel recht beträchtlich ist, wird jedem klar sein. Aber wenn man sich die Mühe machen würde, einen derartigen Stapel der in einem Menschenalter verbrauchten Lebens- und Genußmittel aufzutürmen, so würden wir doch lebhaft absteifen, daß wir so große Zielstraßen wären. Die Statistik beweist jedoch, daß keine Uebertreibung vorliegt. So verpeißt ein gesunder Mann im Laufe eines durchschnittlichen Lebens nicht weniger als vierzehn Tonnen Brot und andere aus Getreide hergestellte Lebensmittel. Errechnet wurde diese Summe auf Grund der Erfahrungstatsache, daß ein normaler Mann, der arbeitet, täglich ungefähr 750 Gramm Brot zu sich nimmt. Bei dieser Zusammenstellung wurde bereits der geringste Verbrauch während der ersten zehn und während der letzten Lebensjahre berücksichtigt. Wie gewaltig dieser Brotverbrauch ist, veranschaulicht deutlich ein Bild: Würde man aus dem Gesamtquantum einen einzigen Laib Brot backen, so würde dieses Brot einen Raum von nicht weniger als 1200 Kubikmetern einnehmen. Die Verbrauchsurbe steigt aber noch schneller beim Gemüse, das man im Verlaufe von sieben Jahren zu verzehren pflegt. Die Träume der Vegetarier werden übertroffen von der Wirklichkeit, denn rechnet man nur täglich mit einem Verzehr von einem Pfund Kartoffeln je Kopf, und zwar für den Zeitraum von sechzig Jahren, so ergibt das eine Gesamtmenge von mehr als zwei Millionen. Nicht minder groß sind die verbrauchten Fleischmengen, zu denen nebst Fischen noch etwa 10 000 Eier kommen. Jedoch läßt sich gerade der Fleischverbrauch besonders schwer berechnen, weil er individuell bedingt ist, sich im übrigen auch von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeiten abhängig zeigt. Nimmt man weiter an, daß der Mensch tagtäglich, ob Sommer oder Winter, eineinhalb Liter Flüssigkeit trinkt, so machen diese Mengen in sechzig Lebensjahren etwa 37 000 Liter aus. Schließlich sei noch die ganze Ration angegeben, die ein Mensch im Verlaufe von sechzig Jahren an Speise und Trank verbraucht: Das sind 45 Tonnen fester und 43 Tonnen flüssiger Nahrung, im ganzen also 88 Tonnen oder 1660 Zentner Lebensmittel.

Ein Kind verbrennt auf dem Scheiterhaufen.

In Reekemet (Ungarn) ereignete sich ein tragisches Unglück. Sechs kleine Kinder spielten in Abwesenheit der Eltern im Hofe eines Bauernhofes. Sie richteten einen Scheiterhaufen auf und zündeten ihn an. Ein fünfjähriges Mädchen namens Julia Toth stürzte sich im Spiele in die Flammen und verbrannte. Die herbeigeeilten Eltern konnten nur die verkohlte Leiche des Kindes aus den Flammen herausheben.

Schornsteinfeger-Duell im Kamin.

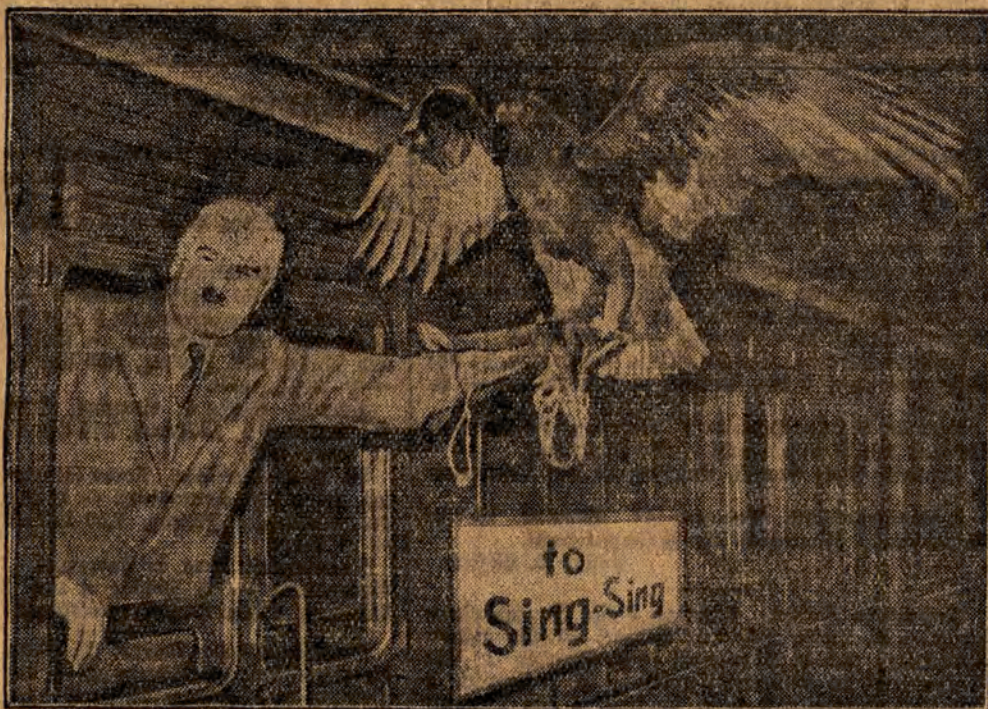
Ein tragisch-grotesker Zwischenfall hat sich in Ibo (Finnland) ereignet. Zwei Schornsteinfegergesellen, die das gleiche Mädchen liebten, gerieten in einem Kamin, den sie gleichzeitig reinigten, in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf der eine dem anderen einen derartigen Schlag mit dem Reinigungsbesen über den Kopf versetzte, daß der Betroffene starb. Die Leiche mußte von der Feuerwehr aus dem Schornstein geholt werden; der Täter wurde nach einer aufregenden Flucht über die Dächer festgenommen.

Warnung!

An unsere gleich. Monatsbezieher

Wir haben wiederholt bekanntgegeben, daß die monatliche Bezugsgebühr (Bl. 4.—) dem Zeitungsausdräger nur gegen eine von der Geschäftsstelle ausgestellte Quittung zu zahlen ist. Geleistete Zahlungen ohne Quittung können nicht anerkannt werden und laufen die Abonnenten Gefahr, noch einmal zahlen zu müssen. Auch bitten wir darauf acht zu geben, daß der Zeitungsausdräger eine saubere Quittung ohne jegliche Streichungen und Verbesserungen verabsolgt.

Die Geschäftsstelle der „Lodzer Volkszeitung“.



Ein Erfolg im Kampf gegen die Krise.

Einem Detektiv der Geheimen Wirtschaftspolizei der Vereinigten Staaten ist es nach langwierigen Bemühungen gelungen, in den Rocky Mountains den Pleitegeier einzufangen. Er hat sich damit nicht nur um die amerikanische Wirtschaft ein unvergängliches Verdienst erworben, sondern hat auch die Hunderttausend-Dollar-Prämie eingestekt, die auf den Kopf dieses gefährlichen, aus Europa eingeschleppten Schädlings gesetzt war. — Unser Bild zeigt den mit Ketten gefesselten Raubvogel, der von dem glücklichen Beamten per Eisenbahn in das Staatsgefängnis Sing-Sing gebracht wird.

Aus Welt und Leben.

Furchtbarer Wirbelsturm im Texas.

New York, 31. März. Durch den gestrigen Wirbelsturm wurden mehrere Ortsteile im östlichen Texas und im südwestlichen Arkansas vollständig zerstört. Nach den bis heute früh vorliegenden Meldungen fielen der Katastrophe 23 Menschenleben zum Opfer.

Zigeuner türmen ein Gericht.

Stundenlanger Kampf mit Gendarmerie und Justizwache.

Mit einem einzig dastehenden Fall hatte sich das Schöffengericht in Kornenburg in Oesterreich zu befassen. Vor einigen Wochen fand vor dem Kornenburger Kreisgericht eine Verhandlung gegen mehrere Zigeunerinnen statt, die wegen Diebstahls angeklagt waren. Ungefähr

zwanzig Zigeuner waren als Zeugen geladen. Sie brachten sich als Assistenten noch etwa hundert ihrer Stammesgenossen mit, die sich vor der Verhandlung einen kräftigen Rausch antranken und dann den Hörsaal stürmten. Im Gerichtssaal vollführten sie einen derartigen Lärm, daß der Vorsitzende die Justizwache alarmierte, damit sie den Saal räume. Die Zigeuner setzten sich gegen die Beamten mit aller Gewalt zur Wehr. Ihre Wut wurde immer größer, und die Justizwache geriet in schwere Bedrängnis.

In dieser gefährlichen Situation wurden Polizei und Gendarmerie zu Hilfe gerufen. Diesen gelang es zwar, die Zigeuner aus dem Gebäude zu treiben, aber vor dem Kreisgericht kam es zu schweren Zusammenstößen, die sich bis in die späten Abendstunden fortsetzten. Die Zigeuner hatten sich mit langen Messern und Holzäxten bewaffnet und erhielten ständig neuen Zuzug.

Als die Polizei eine Anzahl Gewalttäter verhaftete und sie auf die Wachtstube brachte, unternahmen die Zigeuner einen neuen Sturm, um die Gefangenen zu befreien. Eine Anzahl von ihnen wurde verletzt, einem der Beamten

Die Vernunft kommt zu Worte.

Schwere Bedenken gegen den Judenboykott in Deutschland.

Berlin, 31. März. Der Aufruf der NSDAP zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte hat in allen nationalsozialistischen Kreisen der Bevölkerung schwere Bedenken hervorgerufen. Daß der Boykott ein geeignetes Mittel gegen die Verbreitung von Greuelmeldungen im Ausland sein könnte, wird bezweifelt. Wohl aber dürfte er Tausende und aber Tausende von Existenzen vernichten, wobei auch Nichtjuden in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Erklärungen, die Hitler nach seiner Rückkehr aus München im Reichskabinett abgegeben hat, bringen keine Beruhigung. Der Reichszankler führte aus, daß die Abwehr organisiert werden müsse, weil sie sonst leicht unerwünschte Formen angenommen hätte. Auf jeden Fall werde verhindert werden, daß es zu persönlichen Belästigungen oder Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland selbst mit vollster Schärfe treffe.

Unabsehbare Folgen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ magt folgende Äußerung: Wir halten es für selbstverständlich, daß die nationalsozialistische Parteileitung und die Reichsregierung vor dem Beginn des Boykotts die Lage noch einmal vom Standpunkt des Gesamtinteresses der deutschen Nation überprüfen werden, und bitten sie, dabei auch etwaige Rückwirkungen für die zwölf Millionen Deutschen in Rechnung zu ziehen, die außerhalb der Reichsgrenzen in den europäischen Staaten leben.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Wir lassen in diesem Moment bewußt die Stimme der Gerechtigkeit schweigen. Wir wollen nur daran erinnern, daß der Boykott sich gegen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens richtet, die es mit der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflicht in Krieg und Frieden sehr genau genommen haben, und daß die Drahtzieher der unverantwortlichen Hege gegen Deutschland, die an der Erfindung und Verbreitung von Schauernmärchen beteiligt waren, ungeschoren bleiben. Wir wollen ferner daran erinnern, daß ein Boykott der jüdischen Geschäfte auch unabsehbare Folgen für sehr breite Kreise der gesamten deutschen Wirtschaft haben muß, denn es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß man die jüdischen Firmen ohne ernstlichen Schaden für die gesamte Wirtschaft durch Boykott vernichten könnte.

Hunderttausende Existenzen in Gefahr.

Berlin, 30. März. Die „Vossische Zeitung“ verweist in Besprechung des antijüdischen Boykotts der NSDAP darauf, daß es in wenigen Tagen der Arbeit aller für diesen Zweck in Betracht kommenden Stellen gelingen ist, die Greuelpropaganda des Auslandes zwar nicht restlos abzustellen, aber doch sehr wesentlich einzudämmen. Jetzt schlägt die Revolution ein neues Blatt auf. Man kann es sich nicht versagen, über Wortlaut und Inhalt des Aufrufs der nationalsozialistischen Parteileitung noch einen besonderen Kommentar zu schreiben. Er spricht für sich selber. Wird der hier von den Nationalsozialisten angeordnete Boykott bis zum Ende durchgeführt, so würde er den wirtschaftlichen Untergang von hunderttausenden deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied von Alter und Geschlecht bedeuten, er würde die Ausstoßung der Juden aus der Volksgemeinschaft sein. Die deutschen Juden, bewährt in Krieg in Frieden, in guten und bösen Zeiten der deutschen Geschichte, haben sich dieser Volksgemeinschaft verbunden gefühlt, waren ein Teil von ihr, sie wollen es bleiben und wollen an Land und Heimat verschüttelnd festhalten.

Neue Mißhandlungen von Juden.

Konsularberichte.

Die polnische Telegraphenagentur veröffentlicht folgende Konsularberichte aus Deutschland:

In Duisburg hat eine Gruppe von SA den Rabbiner Beraisch, der schon seinerzeit von den Nationalsozialisten attackiert worden war, in seiner Wohnung überfallen und auf die Straße geschleppt. Dort wurde Beraisch in eine republikanische Fahne eingehüllt und von SA unter allgemeinem Gejohle durch die Straßen getrieben. Die Polizei schritt nicht ein. Erst später wurde über den Mißhandelten die Schutzhaft verhängt. Die Frau Beraisch wurde in der Wohnung von SA blutiggeschlagen.

Der polnische Konsul in Essen hat beim Regierungspräsidenten eine energische Beschwerde gegen verschiedene Mißhandlungen von Juden eingelegt.

In Köln sind uniformierte SA in die Wohnung des polnischen Kaufmannes Abraham eingedrungen und bedrohten diesen sowie seine Frau mit dem Tode. Aus Angst vor Mißhandlungen sprang die Frau aus dem Fenster der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung und brach dabei beide Hüfte. Der Kaufmann wurde blutig geschlagen. Die alarmierte Polizei ließ beide Opfer in das Krankenhaus bringen.

Jüdische Arbeiter werden dem Hunger preisgegeben.

Berlin, 31. März. Die nationalsozialistischen Betriebszellen-Obleute von jüdischen Geschäften sollen am 1. April darauf hinwirken, daß die Angehörigen der jüdischen Klasse fristlos entlassen werden und daß die Gehälter nichtjüdischer Arbeiter und Angestellter für zwei Monate im voraus gezahlt werden.

Den Schaden tragen die Versicherungsgesellschaften.

Berlin, 31. März. In den letzten Tagen ist es wiederholt zu Ausschreitungen gekommen, in deren Verlauf bei zahlreichen jüdischen Geschäften Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Von besonderer Seite wird darauf hingewiesen, daß bei solchen Handlungen die wirklich Geschädigten nicht die betreffenden jüdischen Firmen sind, sondern die deutschen Versicherungsgesellschaften, und daß dadurch letzten Endes deutsches Volkvermögen mutwillig vernichtet wird.

Numerus clausus im preussischen Gerichtswesen.

Berlin, 31. März. Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium Kerrl hat Anweisung gegeben, allen amtlichen jüdischen Richtern nahezuweisen (!), sofort ihr Urlaubsgesuch einzureichen. Jüdische Laienrichter sollen nicht mehr berufen werden, jüdische Anwälte nur noch in einer Verhältniszahl zugelassen werden, die dem Anteil der jüdischen Bevölkerung entspricht.

SA-Posten mit Karabinern für den Judenboykott.

München, 31. März. Das Aktionskomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthege, Gau München-Oberbayern, gibt bekannt, daß ab heute mittag 12 Uhr vor den Eingängen größerer jüdischer Münchener Geschäfte Posten der SA stehen, die die Besucher vor dem Betreten warnen. Es wurden SA-Posten mit Karabinern aufgestellt.

Schächterverbot in Thüringen.

Weimar, 31. März. Das Schächterverbot für Thüringen ist am Freitag in Kraft getreten.

Die Konkurrenz wird beseitigt.

Mannheim, 31. März. Die Arbeitsdienstkünger des Stahlhelms in Geltermoog und Germerzheim sind besetzt worden. Mehrere Stahlhelmmänner in Speier, Zweibrücken, Neustadt a. d. Hardt und Landsstuhl wurden verhaftet.

Früher geboren als sein Vater.

Das amliche Wunder von Jemeppe. — Die Geschichte einer Hochzeit.

Ein ungelerner Arbeiter, Einwohner des belgischen Ortes Jemeppe, erschien vor einiger Zeit bei dem Gemeindevorsteher und teilte ihm mit, daß er demnächst zu heiraten gedente. Wie üblich, verlangte der Gemeindevorsteher die Vorlegung eines Geburtscheines. Der Arbeiter versprach, das gewünschte Dokument sofort zu holen, mußte aber zu Hause feststellen, daß er es gar nicht besaß. Dabei hatte er alle Ursache, sich mit der Hochzeit zu beeilen, denn seine Braut war seit längerer Zeit in anderen Umständen.

Um nicht allzu viel Zeit mit unnützen Schreibereien zu verlieren, machte er sich auf den Weg in sein Geburtsort zu verlieren, machte er sich auf den Weg in sein Geburtsort in der Nähe von Jemeppe. Nach einer ganztagigen Fußwanderung traf er dort ein und suchte den Schreiber des Ortes in seiner Wohnung auf. Dieser hatte Verständnis für die gedrängte Lage des Arbeiters und ging trotz der vorgerückten Tageszeit an die Feststellung der Personalien. Aber so sehr er sich mühte, den Namen des Arbeiters konnte er in keiner Wohnungsliste finden. Die ganze Nacht verbrachten die beiden Männer mit dem Suchen des Namens — er war nicht zu finden, die Eintragung fehlte, laut dieser Wohnungsliste war der Arbeiter überhaupt nicht geboren.

Schließlich gab der Schreiber dem Arbeiter den Rat, sich doch an seine noch lebende Mutter zu wenden und diese zu fragen, ob sie vor 28 Jahren ihren Sohn überhaupt angemeldet habe. Das war nun leichter gesagt als getan, denn die alte Frau wohnte in einem anderen Dorf, wieder eine Tagereise entfernt. Der Arbeiter dachte an seine Braut, die er auf keinen Fall bloßstellen durfte, nahm Abschied von seinem Geburtsort, in dem man von seiner Geburt nichts wissen wollte, und machte sich auf den Weg zu seiner Mutter.

Nach einägiger Fußwanderung langte er dort an. Die alte Frau freute sich ungemein über die Ankunft des Sohnes, den sie schon seit langer Zeit nicht gesehen hatte. Befragt über die Vorgänge vor 28 Jahren, konnte sie sich

Erklärung eines deutschen Judenführers.

New York, 31. März. Der Vizepräsident des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubensbekenntnisses, Wallach, übergab vor seiner Abreise nach Deutschland mit dem Dampfer „Bremen“ der amerikanischen Presse eine Erklärung, in der es u. a. heißt: er sei jetzt überzeugt, daß die gegenwärtige Lage niemals entstanden wäre, wenn die Gefühle des deutschen Volkes nicht so tief verletzt worden wären durch die Schritte, die ausländische Kreise unternahmen, um zu einer Verurteilung Deutschlands in der ganzen Welt aufzurufen, durch Maßnahmen, die in derartigem Umfange bisher noch nie gegen ein anderes Land angewandt wurden. Eine Weiterführung der Protestkampagne würde zu weiteren Schritten führen.

Washington, 30. März. Eine Abordnung amerikanisch-jüdischer Kriegsveteranen unter Führung von George Fredmans, die 250 000 amerikanisch-jüdische Kriegsteilnehmer vertritt, überreichte im Weißen Haus eine Entschließung, in der Roosevelt aufgefordert wird, „im Namen der Menschlichkeit und der Zivilisation zu handeln, um die Judenunterdrückung durch die Hitler-Regierung zu beenden“.

Die Judenführer Rabbi Weiß, Bernard und Deutsch versuchten durch persönliche Gesuche das Staatsdepartement zu informellen Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu veranlassen, um eine Rückgängigmachung der für Sonnabend angekündigten deutschen Boykottmaßnahmen zu erreichen.

New York, 30. März. Obwohl fast alle hiesigen Blätter sich einer milden Tonart befleißigen und nur die Asphaltpresse von der Möglichkeit spricht, daß die Nationalsozialisten ihren zum Sonnabend angekündigten Protestboykott aus Schwäche abblasen würden, fordert die Vereinigung jüdischer Kriegsveteranen in den Vereinigten Staaten durch Zirkulare tausender führender jüdischer Geschäftshäuser in Amerika zum Boykott der deutschen Waren und der deutschen Schiffe auf, so lange nicht die deutsche Regierung die Gleichheit aller Bürger garantiert habe. Die „New York Herald Tribune“ deutet an, daß die New Yorker und Londoner führenden jüdischen Finanzleute die Lage in Deutschland im Falle des Boykotts „höchst unangenehm gestalten könnten“. Den amerikanischen Regierungsstellen ist die Möglichkeit des Boykotts in Deutschland angesichts der amerikanisch-deutschen Handelsbilanz und der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz hoch peinlich. Die „New York Times“ widmet dem bevorstehenden Boykott einen langen Leitartikel, in dem von einer „ungläubigen Massenunterdrückung“ gesprochen wird. Der Boykott werde Deutschland mehr schaden als den Juden. Gleichzeitig gibt das Blatt aus Vichy in Frankreich ein Interview mit dem bisherigen amerikanischen Botschafter in Berlin Caffery wieder, worin dieser erklärt habe, daß bei seiner vor fünf Tagen erfolgten Abreise aus Berlin es überall ruhig gewesen sei. Daß anfänglich einige Uebergrippe zu verzeichnen gewesen seien, sei nur natürlich gewesen.

anfangs an nichts erinnern, gab aber dann zu, daß sie die Geburt ihres Kindes damals nicht angemeldet hatte. Jetzt war guter Rat teuer. Ohne sich Erholung zu gönnen, trat der Arbeiter die Rückreise nach Jemeppe an, wo er, zu Tode erschöpft und ohne Geldmittel, nach drei Tagen eintraf. Sein erster Weg führte ihn zum Gemeindevorsteher, den er ersuchte, sofort alles zu unternehmen, damit er nachträglich mit beschleunigter Geschwindigkeit auch amtlich — auf die Welt komme.

Leider ließen sich die Behörden Zeit mit dem nachträglichen Geburtsakt des Arbeiters, sie brauchten ja auf seine Braut keine Rücksicht zu nehmen. Da sich aber die Natur nicht bequemen wollte, so lange zu warten, brachte das junge Mädchen eines Tages ihr Kind zur Welt. Diesmal wurde aufgepaßt, daß nicht wieder ein Erdenbürger unangemeldet blieb; der Säugling wurde sofort angemeldet und erhielt den ordnungsmäßigen Geburtschein.

So ergab sich die merkwürdige Situation, daß der Sohn früher als der Vater zur Welt kam, vor den Behörden allerdings nur. Denn der Arbeiter mußte noch einige Monate warten, bis man ihm bescheinigte, daß er vor 28 Jahren zur Welt gekommen war. Und da diese Bescheinigung jüngsten Datums ist, so bleibt es dabei, daß der Vater erst nach dem Sohn seinen eigenen Geburtschein erhalten hat.

Von der von der Hitler-Regierung verbotenen satiren Zeitschrift
„Der wahre Jakob“
sind noch einzelne Nummern zu haben. Preis pro Nummer 35 Groschen.
„Vollspresse“
Petritauer 199.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Sachverständiger des Krotauer Prozesses über den Keller der Villa in Brzuchowice.

Der Gorgon-Prozess nähert sich dem Ende. Wenn nichts dazwischen kommt werden nächste Woche Freitag die Geschworenen das Los der Angeklagten entscheiden.

Der gestrige Verhandlungstag war uninteressant. Als Sachverständiger sagte Jng. Przetocki aus, der die Beschaffenheit des Bodens im Keller der Villa zu Brzuchowice untersucht hat. Seine Aufgabe war es, festzustellen, ob dort nicht Oberwasser vorhanden sei. Ein für die Angeklagte nicht unwichtiger Umstand. Wäre dort Oberwasser, dann läge es nahe, daß das im Keller gefundene Taschentuch durch dieses Wasser feucht geworden wäre. (Der Anklageakt behauptet, daß die Angeklagte das Tuch, auf dem sich sicher Blutspuren befunden haben, ausgewaschen habe.)

Das Gericht hat kein Glück mit den Sachverständigen. Die Behauptungen der Psychologen, über die wir vorgestern berichteten, werden von sachmännischen Kreisen stark angezweifelt. Und unter dem Sturm der Verteidigung bröckelte so manches Argument ab.

Jng. Przetocki hielt ein von Riffen strotzendes Referat, das für die Geschworenen nur ungenügend verständlich war. Verteidiger Ayer untergrub die Autorität des Sachverständigen. Er bewies, daß die Behauptung, der Wasserstand am Mordtage sei dem heutigen gleich, nicht begründet sei und im Widerspruch zu den Zeugenaussagen stehe. Es wurde festgestellt, daß der Wasserstand am Mordtage 116 Zentimeter betrug und gegenwärtig kaum 42 Zentimeter erreicht. Der Unterschied beträgt also 76 Zentimeter. Diese Erscheinung konnte Jng. Przetocki nicht erklären. Nach langem sorgenvollen Schweigen gibt er zu, davon nichts gewußt zu haben und es so plötzlich nicht motivieren zu können.

Aus der Bedrängnis rettete ihn der Staatsanwalt, der ausführte, daß die Höhe der Eisdecke im Bassin das Anwachsen des Wassers verursacht haben könne. Der Sach-

verständige griff diese These auf und versuchte zu beweisen, daß im Dezember sich so viel Schnee und Wasser auf der Eisdecke angesammelt habe, daß der Wasserstand um 76 Zentimeter hätte steigen können. Die Verteidigung ließ diese Aussage zu Protokoll nehmen und wird heute versuchen, sie zu widerlegen.

Menschliche Hyäne verurteilt.

Vor dem Gebäude des Arbeitslosenfonds in der Piłkińskiego drehte sich in den letzten Monaten ein Mann herum, der die Arbeitslosen anhielt und sich mit ihnen in längere Gespräche einließ, wobei er dann durchblicken ließ, daß er für eine gewisse Entschädigung bereit wäre, für die Arbeitslosen „etwas zu tun“. Er habe gute Bekannte und könnte ihnen bestimmt eine entsprechende Stellung verschaffen. Auf diese Weise entlockte er einem gewissen Artur Sterlinski 150 Zloty. Als Sterlinski sich jedoch weiter erkundigen wollte, sah er seinen neuen Arbeitgeber nicht wieder. Er brachte den Vorfall zur Kenntnis der Polizei und dieser gelang es, den Gauner zu verhaften, der sich als der 38jährige Walerj Bachowski entpuppte. Gestern hatte er sich vor Gericht zu verantworten, das ihn zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. (a)

Peruf: Spitzhube.

In der Nacht zum 17. Februar d. J. versuchte sich der bekannte Einbrecher und Dieb Moszkeł Jozkowicz in die Wohnung eines Artur Kranz (Senatorstra 12) einzuschleichen. Als der Dieb bereits in der Wohnung war, kehrte der Wohnungsinhaber jedoch plötzlich zurück. Er schlug Alarm; man konnte den Einbrecher verhaften.

Gestern hatte er sich vor dem Stadtgericht zu verantworten, das ihn im Hinblick auf sein langes Sündenregister mit anderthalb Jahren Gefängnis bestrafte. (a)



Neues vom Wassersport: Besen statt Paddeln.

Der Pariser Damen-Ruderklub „Nixis“ setzt sich für eine neue Wassersportart ein, die bereits zahlreiche Anhänger gefunden hat. Als Boote werden dabei Regenschirme benutzt, deren Stoch auch als Segelmast verwendet werden kann; zum Paddeln dienen lange Besen. Unser Bild zeigt drei begeisterte Anhängerinnen des neuen Sports in Calais beim Start zu einer Ueberquerung des Aermelkanaals.

Wie Marie Curie das Radium fand.

Die wissenschaftliche Großtat einer Frau.

Die Neuzeit hat mit der Erschließung zahlreicher Lebensmittelsgebiete für die Frauenarbeit viele Frauen in der Literatur und Kunst, der Politik, dem Rechtsweien und der Wirtschaft zu Ansehen und Bedeutung gelangen lassen; auf dem Gebiete der Naturwissenschaften aber ist es nur eine einzige, die für sich den Ruhm in Anspruch nehmen darf, die Leistungen ihrer männlichen Kollegen, der großen Naturforscher aller Zeiten und Völker, voll und ganz erreicht zu haben, und das ist Marie Curie.

Eine seltene Neigung und eine starke Begabung für physikalische und chemische Forschungsarbeit veranlaßte die am 7. November 1867 in Warschau geborene Marja Skłodowska, ihre auf dem Lyzeum der Vaterstadt begonnenen Studien auf der berühmten Pariser Universität, der Sorbonne, fortzusetzen. Hier vermählte sie sich 1895 mit dem Physiker Pierre Curie, in dessen Laboratorium sie zunächst selbständige wissenschaftliche Arbeiten ausführte. Aber schon kurz darauf vereinigte sie ihre Arbeiten mit denen ihres Gatten und schon die ersten Jahre brachten die bahnbrechenden Ergebnisse, die den Namen Curie in alle Welt hinausgetragen haben.

Man muß sich die damalige Lage der physikalischen Forschung veranschaulichen, um das Werden der Curie'schen Entdeckungen würdigen und verstehen zu können.

Die ersten Forschungen.

In Paris beschäftigte sich Becquerel mit Forschungen über phosphoreszierende Substanzen. Röntgen hatte gezeigt, daß seine Strahlen beim Auftreffen auf gewisse Kristalle diese zum Ausleuchten bringen. Außerdem konnte man eine Reihe von Stoffen, die nach der Bestrahlung durch Tageslicht im Dunkeln nachleuchteten, die also gewissermaßen das Licht aufspeichern und wieder abgeben. Becquerel stellte sich nun die Frage, ob es nicht auch Körper gibt, die ohne zuvor bestrahlt werden zu sein, Strahlen ausstrahlen. Er untersuchte zahlreiche Stoffe und fand tatsächlich auch in der Uranpechblende einen Stoff, der Strahlen lange Zeit in unveränderlicher Stärke ausstrahlt und dessen Strahlen ganz ähnliche Wirkungen ausüben, wie die von Röntgen entdeckten: sie durchdringen Papier und andere nicht lichtdurchlässige Stoffe, schwärzen die photographische Platte und führen die Luft in den elektrisch geladenen Zustand über. Becquerel stellte auch fest, daß die Stärke der Strahlung mit dem Gehalt der Pechblende an dem Element Uran zusammenhing.

Bei näherer Untersuchung fand nun Frau Curie hier gewisse Unstimmigkeiten, die sie zu der Ueberzeugung brachten, daß weniger das Uran selbst, als vielmehr eine in den

Uranmineralien und Uransalzen vorhandene viel stärker strahlende Verunreinigung in erster Linie für die Strahlung maßgebend sein müsse. Mit außerordentlicher chemischer Geschicklichkeit und einer bewundernswerten experimentellen Begabung ging sie dieser Verunreinigung nach und fand schließlich — ein neues, äußerst stark strahlendes chemisches Element, das sie Radium nannte.

Neue Elemente.

Madame Curie forschte weiter und fand noch im gleichen Jahr ein zweites radioaktives Element, das sie ihrer polnischen Heimat zu Ehren Polonium nannte. Seither wurde eine Anzahl weiterer radioaktiver Elemente aufgefunden, und man konnte die Strahlungsvorgänge, die sie begleiteten, weitgehend aufklären.

Die Erkenntnisse von Frau Curie und ihre Auswirkungen haben im Zusammenhang mit anderen Erscheinungen dazu geführt, daß die größte Unverständlichkeit der Chemie, ihre Lehre von der Zusammensetzung der Welt aus 70 verschiedenen Atomsorten, zugunsten der schon vor hundert Jahren geahnten Einheitlichkeit des Aufbaus der Materie verschwand.

Marie Curie, die am Anfang dieser neuen Epoche der naturwissenschaftlichen Forschung steht, erntete für ihre bahnbrechenden Forschungen reiche Anerkennung. Zweimal, im Jahre 1903 (gemeinsam mit Becquerel und ihrem Gatten Pierre Curie) und im Jahre 1911 allein, erhielt sie den Nobelpreis, das erstmalig den Nobelpreis für Physik, das zweitemal den Nobelpreis für Chemie. Seit dem Tode Pierre Curies (1906) ist sie als Professor an der Sorbonne, der Pariser Universität, tätig. B. Wiesel.

Ortsgruppe Lodz-Ost!

Sonnabend, den 1. April, um 7 Uhr abends, findet im Lokal der Ortsgruppe Lodz-Ost der O.S.P., Pomorskastraße 129, für die Mitglieder der Partei eine

Karl-Marr-Feier

statt. Das Referat über Karl Marx wird der Parteivoritzende A. Kronig halten.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand der Ortsgruppe Lodz-Ost.

Radio-Stimme.

Sonnabend, den 1. April.

Polen.

Lodz (233,8 M.).

12.10 Pressestimmen, 12.20 Schallplatten, 13.10 Weiterbericht, 13.15 Schulkonzert aus Lemberg, 15.25 Mitteilungen für Soldaten, 15.35 Hörspiel für Kinder aus Lemberg, 16 Schallplatten, 16.40 Geistlicher Vortrag, 17 Gottesdienst aus Wilno, 18.20 Laufende Mitteilungen, 18.25 Leichte Musik, 19 Märsche, 19.30 Am Firmament, 19.45 Radio-Pressebericht, 20 Abendkonzert, 22.05 Chopin-Konzert, 22.40 Plauderei: „Die Evolution des Tonfilms“ 22 Wunschkonzert von Schallplatten.

Ausland.

Berlin (716 Hz, 418 M.).

12.35 Konzert, 14 Schallplatten, 16 Blasorchester, 17.35 Konzert, 19.10 Bei Bismarcks, 20 April, April, 22 Tanzmusik.

Königsbrunnertshausen (938,5 Hz, 1635 M.).

12.05 Schulfest, 14 und 16.30 Konzert, 18 Hauskonzert, 19.35 Cembalomusik, 20 Seifenblasen, 23 Nachtmusik.

Langenberg (635 Hz, 472,4 M.).

12.30 Unterhaltungskonzert, 13 Konzert, 14.35 Schallplatten, 15.50 Kinderstunde, 17 Konzert, 20.05 Seifenblasen, 22.40 Nachtmusik, 24 Tanzmusik.

Wien (581 Hz, 517 M.).

11.45 Konzert, 16.05 Mandolinenzert, 18.05 Unterhaltungskonzert, 19.10 Aprilscherze, 19.35 Chorkonzert, 20 Harry Janos, 22.50 Schallplatten.

Prag (617 Hz, 487 M.).

12.30 und 16.10 Konzert, 18.25 Deutsche Sendung, 19.28 Konzert, 20.05 Jarмила Novotna singt, 22.15 Konzert.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Jahresversammlung des Vertrauensmännerrates der Stadt Lodz.

Am Sonntag, dem 2. April, um 9.30 Uhr vormittags, findet im „Fortschritt“-Saale, Nawrot 23, die Jahresversammlung der Vertrauensmänner statt. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Protokollberlesung, 2. Tätigkeitsbericht der Exekutive, 3. Neuwahlen, 4. Die nächsten Aufgaben der Partei in Lodz, 5. Allgemeines.

Den Vertrauensmännern der Partei in Lodz wird das Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Börsennotierungen.

Table with 2 columns: City and Exchange Rate. Includes entries for Berlin, London, New York, Paris, Prag, Schweiz, Wien, and Italien.